

Newsletter Bildung integriert...Wiesbaden

Ausgabe 2 - September 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bildung integriert...Wiesbaden läuft nun seit 15 Monaten. Mit dieser zweiten Ausgabe des Newsletters möchten wir Ihnen die Fortschritte in einigen ausgewählten Projekten vorstellen. In weiteren Ausgaben werden dann weitere Projekte im Fokus stehen.

Zwei wesentliche Anliegen des Programms „Bildung integriert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Europäischen Sozialfonds, in dessen Rahmen auch Bildung integriert...Wiesbaden gefördert wird (Förderkennzeichen 01JL1684), sind eine stärkere Vernetzung von Akteuren im Bildungsbereich sowie die Begleitung von Übergängen im Bildungssystem entlang sog. Bildungsketten. Anhand dieser Schwerpunkte wurden für den Newsletter solche Projekte ausgewählt, in denen es besondere Fortschritte gab.

Sollten Sie sich im Rahmen der Fachbeiratssitzung für die Projektmitwirkung interessieren, finden Sie Informationen zur Beteiligung in diesem Newsletter bzw. werden wir Sie im Falle von nicht aufgeführten Projekten gesondert kontaktieren.

Wenn Sie mehr über einzelne Projekte wissen möchten, wenden Sie sich gerne an die Projektverantwortlichen.

Es grüßt herzlich das Projektbüro von Bildung integriert...Wiesbaden.



iQconcept/Shutterstock.com

Neue Zuordnungen von Bildungsakteuren innerhalb der Stadtverwaltung

Ein wesentliches Ereignis ist die Neustrukturierung von Ämtern und Dezernaten, die in Wiesbaden sukzessive ab April 2017 erfolgt ist: Nach den Kommunalwahlen im Frühjahr 2016 wurde im März 2017 die Kooperationsvereinbarung zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen unterzeichnet. In diesem Rahmen werden das städtische Schulamt und die Schulentwicklungsplanung dem Finanzdezernat zugeordnet; das bisherige Dezernat für Schule, Kultur und Integration aufgelöst. Mit Wirkung zum 1.7.2017 wird dem bisherigen Sozialdezernat das Zuwanderungs- und Integrationsamt zugeordnet. Die Grundschulkinderbetreuung und schulische Ganztagsangebote, die Modellregion Inklusion und auch das Büro für Kommunale Bildungsprojekte, bisher im Schuldezernat verortet, wurden zu diesem Stichtag in das Amt für Soziale Arbeit integriert; aus dem Sozialdezernat wird - den neuen Kompetenzen entsprechend - das Dezernat für Soziales, Bildung, Integration und Wohnen. Somit sind seit Juli 2017 alle BiW-geförderten Kräfte dem gleichen Ressort zugehörig. Dies wird sicherlich mit positiven Effekten hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Projektbeteiligung einhergehen, entspricht doch die neue Struktur dem Bestreben, alle Bildungsaufgaben der Kommune in einem Dezernat zusammenzuführen. Die „Hardware“ der schulischen Bildung, d.h. das Schulamt sowie die Schulentwicklungsplanung, sind mit dem politischen Schwerpunkt „Schulbau“, wie auch das Kulturamt und die Volkshochschule, dem Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur zugeordnet. Somit benötigen weiterhin wichtige Themenfelder des BiW-Projektes dezernatsübergreifende Abstimmungs- und Steuerungsprozesse.

Das Vorhaben Bildung integriert...Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Neues aus den Bi...W-Teilprojekten

Teilprojekt I.1 „Bildungslandkarte - Erarbeitung inhaltlicher Grundlagen“

Mit der Bildungslandkarte wird das Ziel verfolgt, Fachkräften einen Überblick über die non-formalen Bildungsangebote für Kinder im Vorschul- und Schulalter im jeweiligen Wiesbadener Stadtteil und im gesamten Stadtgebiet zu geben. Hierfür sind Struktur sowie die zu berücksichtigenden Angebote zu erarbeiten. In einem ersten Schritt richten sich die Informationen der Bildungslandkarte an die Adressaten „Kindertagesstätten“ und „Schulen“, deren Bedarfe durch die Dezernate/Fachämter gut identifiziert werden können. Als Basis dienen die Informationen zur Bildungslandschaft (Formale und non-formale Bildung), die stadtteilbezogen bereits vorliegen. Darüber hinaus führte der Stadtjugendring im Sommer 2017 eine Befragung aller Vereine/Organisationen in Wiesbaden durch, die Kinder- bzw. Jugendangebote im Programm haben. Die Ergebnisse dieser Befragung bilden einen weiteren Baustein der Bildungslandkarte.

Das Projektbüro BiW wird die bereits vorliegenden Bestandteile zusammenführen und das Ergebnis in einem Termin mit Stadtjugendring und Stadtschülerrat, gerne auch weiteren Interessierten, vorstellen und diskutieren. Im Anschluss werden die Informationen grafisch/bildlich umgesetzt und das Ergebnis (fach-)öffentlich präsentiert.

Teilprojekt I.3 „Abstimmung und Entwicklung gemeinsamer Verfahren und Standards der Jugendhilfe-, Sozial- und Schulentwicklungsplanung“

Eine Abstimmung der Planungen erfolgt bereits kontinuierlich über gemeinsame Produkte (Bildungs- und Integrationsmonitoring, Schulentwicklungspläne) und Prozesse (Bi...W-Projekte, Infrastrukturplanung für städtebauliche Entwicklungs- und Bebauungspläne, Kostenheranziehung von Planungsbegünstigten im Rahmen der Sozialen Bodennutzung etc.). Aktuell wurde im Zuge einer Neuschneidung von Grundschulbezirken vereinbart, eine Prozess- und Standardbeschreibung mit Blick auf Schulbezirksneuschneitte zu entwickeln.

Beteiligt sind Fachkräfte der Schulentwicklungs-, Jugendhilfe-, Sozial- und Stadtentwicklungsplanung, Amtsleitungen und Dezernate, in der Projektgruppe „Wohnbau“ werden gemeinsame Standards verbindlich vereinbart.

Die Standards, Berechnungsparameter und Verfahren der Planung im Bereich Schule und Kindertagesstätten wurden/werden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung in den Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung behandelt und entschieden. Die Umsetzung geschieht weitgehend in „technischen Prozeduren“ und ermöglicht an dieser Stelle keine konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten von Dritten. Im Fachbeirat können regelmäßig neu entwickelte Standards-, Berechnungsparameter und Verfahrensweisen berichtet werden.

Folgende Teilergebnisse liegen vor:

- Einheitliches methodisches Verfahren zur Schätzung der Kinderzahlen und benötigten Kita- und Schulplätze in städtischen Entwicklungsgebieten bzw. in Bebauungsverfahren wird angewandt; Verfahren und Inhalte zur Heranziehung der Planungsbegünstigten sind abgestimmt und erfolgen gemeinsam; gemeinsame Campus-Lösungen für Kita und Grundschulen in Neubaugebieten werden ebenso wie gemeinsame Mittagessenversorgung angestrebt.
- In einem Prozess zur Neustrukturierung der Betreuungsangebote von Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten und Grundschulen wurde die einheitliche Gestaltung von Öffnungszeiten und Gebührenstruktur angeregt und im Rahmen der Kooperationsvereinbarung von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde dieser Auftrag bekräftigt.
- Die Versorgungsquote für die Tagesbetreuung von Grundschulkindern knüpft nun an die Ganztags-Versorgung im Elementarbereich an (75 % aller Grundschulkindern sollen in Ganztägigen Angeboten insbesondere an den Grundschulen in Zukunft betreut werden). In der Kooperationsvereinbarung für die Wahlperiode wurde dieses Ziel bestätigt.
- Der Austausch zu dem Themenkomplex mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) hat gezeigt, dass die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung in Wiesbaden im Vergleich zu anderen Kommunen bereits sehr weitgehend und erfolgreich kooperiert. Aufgrund der unterschiedlichen Schulgesetzgebung der Länder wird die KGSt allerdings keinen bundeseinheitlichen Vorschlag für eine abgestimmte Verfahrensweise erarbeiten können.

Das Vorhaben Bildung integriert...Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

- Anhand zweier Grundschulbezirke, für die in nächster Zeit Veränderungen anstehen, wird bis Ostern 2018 der künftige Kooperationsstandard zwischen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung bei der Bestimmung von Schulbezirksneuzuschnitten entwickelt und beschrieben werden.

Im Zuge der Neuverortung der Schulkinderbetreuung im Sozialdezernat werden neue Schnittstellendefinitionen und Zuständigkeitsklärungen zwischen dem Schulamt und dem Amt für Soziale Arbeit und den jeweils zuständigen Dezernaten notwendig. Auch diese werden über das BiW-Projekt - so notwendig - begleitet.

Teilprojekt II.1: „Weiterentwicklung von Indikatoren zu Sozialstruktur und Bildungsteilhabe in Sekundarschulen I - Sozialindex“

Ziel des Projektes ist die Verteilung kommunaler Ressourcen nach einem abgestimmten System an Wiesbadener Schulen, das sicherstellt, dass möglichst viele herkunftsbedingt benachteiligte Schülerinnen und Schüler profitieren und so fehlendes soziales Kapital ihrer Schulgemeinde kompensieren sowie ihre besonderen Herausforderungen besser bewältigen können.

Am 30. August d. J. fand ein Hearing zum Thema Sozialindizierung statt. Auf Einladung des Ausschusses für Soziales sowie des Ausschusses für Schule/Kultur/Städtepartnerschaften referierten u.a. Vertreter des Hessisches Kultusministeriums (sozialindizierte Lehrerzuweisung), der Stadt Mannheim („MAUS-Projekt“) sowie der Stadt München (Münchner Förderformel für Kitas bzw. Bedarfsorientierte Budgetierung für Schulen) zu Ansätzen, wie Erkenntnisse der sozialräumlichen Betrachtung Einfluss nehmen auf Entscheidungen zur Ressourcenverteilung. Alle drei Beispiele zeigten eindrucksvoll dass eine Berücksichtigung der sozialen Herausforderungen der Bildungseinrichtungen bei der Ressourcenverteilung zielgerichtet und unbürokratisch umgesetzt werden kann. Es bleibt nun abzuwarten, welche Schlüsse die Stadtverordneten aus dem Hearing ziehen werden.

Darauf aufbauend wird das Projektbüro Bl...W eine konkrete Projektplanung in Angriff nehmen können. Einzubeziehen sind selbstverständlich das Staatliche Schulamt Rheingau-Taunus/Wiesbaden und auch der Stadtelternbeirat Schule zeigt sich sehr an dem Thema interessiert.

Teilprojekt II.2: „Weiterentwicklung von Indikatoren im Bereich Weiterbildung/Erwachsenenbildung“



Rawpixel.com/Shutterstock.com

Gering-Qualifizierung und mangelnde Weiterbildungsbeteiligung im Erwachsenenalter sind gerade in Wiesbaden eine wesentliche Ursache für Langzeitarbeitslosigkeit und den Bezug von Existenzsicherungsleistungen. Hier gilt es zunächst das Themenfeld sichtbar zu machen und für zielgerichtete lokale Verbesserungsprozesse zu erschließen. Als Erweiterung des Bildungsmonitoring der Stadt Wiesbaden um den Bereich Weiterbildung/Erwachsenenbildung, werden Teilhabe-Indikatoren zur Weiterbildung und insbesondere zu zertifizierten Bildungsergebnissen (Schulabschlüsse, Sprachzertifikate, Berufsausbildung oder Teilausbildungen) für die Bezugsgruppe der erwachsenen Bevölkerung generiert. Dies wird möglichst differenziert nach Teilgruppen wie Geschlecht, Arbeitslose, SGB II-Berechtigte, Geflüchtete etc.) erfolgen. Es werden Verfahren und Vereinbarungen erarbeitet, wie diese kontinuierlich zu erheben und zu veröffentlichen sind.

Diese Daten sollen eine Grundlage für eine diskursive Bedarfsplanung für zertifizierten Weiterbildungsangebote insbesondere für Geringqualifizierte bilden und dienen dem Einstieg in das Teilprojekt III.2 Aufbau von Koordinierungs- und Steuerungsverfahren von lebensbegleitenden Lernen.

Im ersten Schritt wurden die wesentlichen Dimensionen und die wesentlichen Rechtsträger/Finanziers, Anbieter und Vermittler von Weiterbildungsangeboten identifiziert.

Das Vorhaben Bildung integriert...Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

In parallelen Teilschritten sollen die arbeitsmarktlichen Akteure bzw. deren Daten (Agentur für Arbeit, Kommunales Jobcenter, Kammern), die Akteure der Sprachförderung (BAMF, Amt für Zuwanderung und Integration, Kommunales Jobcenter, VHS) sowie die Akteure der Schulischen Weiterbildung und der Grundbildung angesprochen/erschlossen werden, um einen Überblick über die Angebotslandschaft und nutzbaren Daten zu erhalten. Das Projekt erfolgt eng abgestimmt mit der Fortentwicklung der Geschäftsberichterstattung und des Monitorings der Angebote der VHS und der Volksbildungswerke.

Parallel dazu erfolgt Austausch mit anderen Kommunen, die ähnliche Vorhaben verfolgen (Beispiel LH Hannover).

An dem Vorhaben und seiner Umsetzung beteiligen sich Volkshochschule und Volksbildungswerke, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Kommunales Jobcenter (KJC), Agentur für Arbeit (AA), IHK und HWK, Fachschulen und Schulen für Erwachsene. Interesse bekundete zudem das Freiwilligenzentrum.

Als erstes Zwischenergebnis wurden sechs Bereiche identifiziert, für die Indikatoren zur Teilnahme und Zielerreichung ermittelt werden sollen; die Bereiche umfassen die berufliche Weiterbildung im Rechtskreis SGB III und II; die Förderung Deutsch als Fremdsprache für Einwanderer und Flüchtlinge, die berufliche Weiterbildung seitens der Kammern, die berufliche Weiterbildung an staatlichen und privaten Schulen und das Nachholen von Schulabschlüssen.

Aufgrund der anstehenden Fortschreibung des kommunalen „Weiterbildungsmonitorings“, das die Angebote der städtischen VHS sowie der Volksbildungswerke in den Stadtteilen in ein strategisches Zielsystem einordnet, erwuchs die Notwendigkeit, die beiden Ansätze (hier Berichterstattung aus Sicht der Anbieter, dort Messung der Bildungsteilhabe der Wiesbadener Bevölkerung) klar voneinander abzugrenzen. Andererseits sind auch wechselseitige Bezüge / Ergänzungen denkbar, weswegen entschieden wurde, mit diesem Projekt früher als vorgesehen zu beginnen, um hier zeitlich parallel zu arbeiten. Im November ´16 erläuterten Projektbüromitglieder den BiW-Ansatz vor Vertreter/-innen von Kulturamt, Amt für Statistik, VHS und Volksbildungswerken; eine entsprechende Unterarbeitsgruppe tagte im März d. J. Deren Zielsetzung besteht vor allem darin festzustellen, welche Daten VHS und Volksbildungswerke für neue Indikatoren bereitstellen könnten. Für Daten zur beruflichen Weiterbildung, zu Sprach- und Alphabetisierungskursen und zur Schulbildung Erwachsener werden entsprechende Unter-AGs gebildet. Aufgrund der Komplexität des Unterfangens und der Schwierigkeiten der Datenerhebung wird der Endtermin nicht vorgezogen.

Teilprojekt III.1: „Bildung und Inklusion am Nachmittag - bedarfsgerechte Nachmittagsangebote an Wiesbadener Grundschulen: Organisation, Kooperation, Zugänge“

Mit dem Projekt wird das Ziel verfolgt, bereits im Übergang von der Kindertagesstätte (KT) zur Grundschule (GS) zu klären, wie sich die Bedarfe der Kinder an Betreuung, Förderung und Bildung am Nachmittag darstellen, um diese dann im Rahmen der vorhandenen Angebote adäquat zu bedienen. Gleichzeitig geht es um die bedarfsgerechte Weiterentwicklung

- a) der Kooperation im Übergang KT-GS mit Blick auf den Nachmittag
- b) der Nachmittagsangebote vor Ort (Betreuende Grundschulen, Betreuungsangebote an Grundschulen und Schule)

Die Konzeptentwicklung und -erprobung findet zunächst an vier ausgewählten Pilotstandorten statt. Als Piloten beteiligt sich die Grundschule Bierstadt, Goetheschule (Biebrich), Adalbert-Stifter-Schule (Südost) und die Geschwister-Scholl-Grundschule (Klarenthal) mit ihren jeweiligen Kita-Netzwerken.

Im Juni 2017 hat ein Auftaktplenum mit den Pilotstandorten stattgefunden; erste Ziele und Arbeitstermine im Netzwerk sind vereinbart. Alle relevanten Akteure vor Ort (Grundschule, Bezugs-Kitas, Betreuungsanbieter, Fachabteilungen, Betreuende Grundschulen, Staatliches Schulamt) sind eingebunden.

Im Juli 2017 wurde der Jugendhilfeausschuss (hier: Fachausschuss für Kinder, Familie und Planung) über das Teilprojekt informiert, Anregungen wurden eingebracht und der Turnus der weiteren Berichterstattung und Beteiligung vereinbart.

Das Vorhaben Bildung integriert...Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.



Für die Zeit nach den Herbstferien ist avisiert, dass das Projekt auch dem Städtelternbeirat Grundschulen vorgestellt wird. Parallel dazu erarbeiten die Fachabteilungen Schulkinderbetreuung, die Betreuenden Grundschulen und die Kinder- und Jugendhilfeplanung eine Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem „Pakt für den Nachmittag“.

Teilprojekt III.3: „Neukonzeptualisierung des Bündnisses für Alphabetisierung“

Dieses Teilprojekt verfolgt das Anliegen, von funktionalem Analphabetismus betroffene deutschsprachige Erwachsene anzusprechen, so dass ihnen einerseits die Problematik bewusst wird, andererseits die Schwelle, sich zu mangelnden Lese- und Schreibfähigkeiten zu bekennen, herabzusetzen.

Im Einzelnen geht es darum,

- die Zielgruppe anzusprechen und in Angebote der VHS/Regionales Grundbildungszentrum (RGZ) zu vermitteln;
- Betriebe und Fachkräfte einerseits sowie Agentur für Arbeit und Kommunales Jobcenter andererseits für das Thema zu sensibilisieren;
- gesellschaftliche Stigmatisierung zu verringern.

Hierfür hat sich das Bündnis für Alphabetisierung neu formiert: Mit geschärfter Aufgabenstellung wurde um die Mitarbeit bisher nicht verteilter Organisationen geworben. Dies führte zu einem runderneuerten Verteiler, vor allem zur Aufnahme neuer Mitglieder mit der Bereitschaft, in der eigenen Organisation Maßnahmen zum Erreichen der Zielgruppe umzusetzen, dabei von Beispielen guter Praxis zu lernen sowie die eigenen Ansätze zur Diskussion (und evtl. zur Nachahmung) zu stellen.



crazystocker/Shutterstock.com

Folgende Institutionen sind neu zum Bündnis gestoßen: Stadtjugendring Wiesbaden, Sportkreis Wiesbaden, zwei Träger der Gemeinwesenarbeit aus dem Wiesbadener Westend und dem Bergkirchenviertel (Xenia interkulturell e.V. und Kubis e.V.), Freiwilligenzentrum Wiesbaden, Amt für Wirtschaft und Liegenschaft (Abt. Ausbildungsförderung), Kulturamt (Abt. Stadtbibliotheken), Ausbildungsagentur der Stadt Wiesbaden.

Zur Fortsetzung der Mitarbeit haben sich IHK, Handwerkskammer, Kreishandwerkerschaft, Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft, EVIM Wiesbaden, Caritas Wiesbaden, Kommunales Jobcenter sowie Staatliches Schulamt entschieden.

Besonders wertvoll in diesem Zusammenhang ist die enge Zusammenarbeit mit dem im April 2016 eröffneten Regionalen Grundbildungszentrum Wiesbaden: Erarbeitung gemeinsamer Strategien, jährliche Ausrichtung einer Grundbildungskonferenz, Einbindung der Ansätze in den Sozialräumen unter Einbeziehung der lokalen Akteure (z.B. Volksbildungswerk, Stadteilbibliothek, ehrenamtliche Angebote wie Leseförderung, Schreibservice etc.).

Künftig soll auch die Arbeitsagentur ins Bündnis eingeladen werden, ebenso die KinderElternZentren und das städtische Amt für Zuwanderung und Integration.

Die Neukonzeptualisierung des Bündnisses ist damit abgeschlossen; die Arbeit selbst wird selbstverständlich fortgesetzt. Neben der Zielgruppenerreichung steht auch die Überlegung auf der Agenda, dass funktionale Analphabeten aus Deutschland und neu zugewanderte Analphabeten unterschiedliche Angebote brauchen. Hier muss überlegt werden, wie diese zweite Zielgruppe bedient werden kann und welche Rollen einerseits das Bündnis für Alphabetisierung und andererseits das Regionale Grundbildungszentrum übernehmen können.

Beim Fachbeirat im Februar 2017 hatte eine Stadtverordnete von der Rathausfraktion Linke & Piraten ihr Interesse angemeldet. Die Einbindung der Fraktion Linke & Piraten ist über Aufnahme der Stadtverordneten ins Bündnis erfolgt, eine fortlaufende Berichterstattung in Form der Bündnisprotokolle somit gewährleistet.

Das Vorhaben Bildung integriert...Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Teilprojekt III.5: „Feste Strukturen und regionale Übergänge am Übergang Grundschule - Sek I (+ Sek I - Oberstufengymnasien)“

Das Ziel des Teilprojektes ist es - analog der Netzwerke KITAS-Grundschule - die Übergänge von der Grund- in die Sekundar-I-Schulen für Kinder und Eltern zu begleiten und zu koordinieren. Hierbei prüfen Grundschulen und Sekundar-I-Schulen, ob sie Vereinbarungen zu regionalen Netzwerken (Kooperationsschulen) treffen.

Wichtig ist, dass Sekundar-I-Schulen den Lernstand und die Schulkultur der Grundschulen kennen; die Grundschulen wiederum kennen Schulprofil und -kultur „ihrer“ Kooperations-Sekundar-I-Schulen. Das Projekt soll nicht das Elternwahlrecht einschränken, sondern den Eltern eine Hilfestellung geben, um für die Kinder den möglichst besten Schulerfolg zu ermöglichen.

Bei Erfolg soll das Übergangssystem auf Übergänge in die Sekundar-II-Schulen (insbes. die Oberstufengymnasien und beruflichen Gymnasien) übertragen werden.

Erste Erfahrungen sollen mit ein bis zwei Modellregionen bzw. Modellbereichen gesammelt werden. Als externe Beteiligte sind das Staatliche Schulamt, der Stadtelternbeirat und die Schulen selbst zu nennen; erste Vorgespräche mit den potentiellen Beteiligten haben eine Bereitschaft zur Mitarbeit erkennen lassen.

Das Teilprojekt soll im Oktober 2017 starten und bis Februar 2019 andauern.

Herausgeber: Landeshauptstadt Wiesbaden, Projektbüro Bildung integriert...Wiesbaden
Kontakt: Frau Groebel (Projektleitung), Amt für Soziale Arbeit, Abt. Grundsatz und Planung, Büro für Kommunale Bildungsprojekte, Telefon 0611 31-5093
Frau Micheel, Amt für Soziale Arbeit, Abt. Grundsatz und Planung, Sozialplanung, Telefon 0611 31-3165
Bildnachweise: shutterstock.com
Ausschließlich digitale Fassung; September 2017

Das Vorhaben Bildung integriert...Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

